

Anarchistische Bibliothek
Anticopyright



Andere Fragen stellen

Handlungsautonomie während des Virus

Anonym

Anonym
Andere Fragen stellen
Handlungsautonomie während des Virus
20.3.2020

Entnommen am 7.05.2020 von <https://barrikade.info/article/3342>
Erstmalig veröffentlicht auf north-shore.info und übersetzt aus dem
Englischen.

anarchistischebibliothek.org

20.3.2020

Inhaltsverzeichnis

Vorwort der Übersetzung:	3
Andere Fragen stellen: Handlungsautonomie während des Virus	3

kommt zu einer Herausforderung. Aber wenn wir tatsächlich die Position der Mächtigen herausfordern wollen, die im Moment des Virus ihre Privilegien und ihre Interessen verteidigen, müssen wir damit beginnen, uns die Fähigkeit zurückzuholen, uns unsere eigenen Fragen zu stellen. Die Bedingungen sind überall anders, aber alle Staaten beobachten sich gegenseitig und folgen dem Beispiel der anderen. Wir täten gut daran, uns an Anarchist*innen aus anderen Orten zu wenden, die sich mit Bedingungen befaßen, die bald unsere eigenen werden könnten. Ich überlaße Ihnen also dieses Zitat von Anarchist*innen in Frankreich, denen für die ganze Woche eine Ausgangsperre verhängt und mit dramatischer Polizeigewalt durchgesetzt wurde:

”Also ja, vermeiden wir bei unseren Aktivitäten zu viel Kollektivität und unnötige Treffen, wir werden einen Sicherheitsabstand einhalten, aber scheiß auf die Einschließungsmaßnahmen, wir werden Ihren Polizeistreifen so weit wie möglich ausweichen, es kommt nicht in Frage, daß wir die Repression oder die Einschränkungen unserer Rechte unterstützen! An alle Armen, Randgruppen und Rebell*innen: Zeigen wir Solidarität und leisten wir gegenseitige Hilfe, um überlebensnotwendige Aktivitäten aufrechtzuerhalten, Verhaftungen und Geldstrafen zu vermeiden und um uns weiterhin politisch äußern zu können”.
Aus ”Gegen die Maßeneinsperrung” (”Contre le confinement généralisé”
- Veröffentlicht auf Französisch bei Indymedia Nantes).

Vorwort der Übersetzung:

Ich sehe diesen Text als einen weiteren Beitrag in einen offensiven Diskurs rund um einen antiautoritären Umgang mit dem Virus und den einhergehenden Maßnahmen durch den Staat. In einer Zeit der Informationsflut und der allgemeinen Unsicherheit, sehe ich es als unheimlich wichtig an, daß wir uns als Anarchist*innen mit anderen Anarchist*innen vernetzen und einen Austausch von Informationen, gemachten Erfahrungen und Ansätze für einen möglichen Umgang mit der Krise vorantreiben. Im zweiten Text wird von den #shutdowncanada Blockaden gesprochen. Dies waren koordinierte Blockaden, welche im Februar dieses Jahres unter dem Hashtag #shutdowncanada über das ganze Land verteilt stattgefunden haben und den Kampf von indigenen Menschen gegen geplante Gaspipelines unterstützten. Für weitere allgemeine Informationen und Informationen zu direkten Aktionen im Kampf gegen die Gaspipelines und Solidarität mit den Wet’suwet’en empfehle ich north-shore.info oder itsgoingdown.org.

Das schlimmste Virus für die Freiheit ist die Autoritätshörigkeit!

Andere Fragen stellen: Handlungsautonomie während des Virus

Die Situation ändert sich schnell. Wie alle anderen verfolge ich eifrig die Neuigkeiten und tausche mich darüber aus. Ich beobachte, wie sich unser Leben von Tag zu Tag ändert und versinke in Unsicherheit. Es kann sich anfühlen, als gäbe es nur eine einzige Krise, deren Fakten objektiv sind und die nur einen einzigen Weg zulaßen. Einen Weg, der Trennung, Abschottung, Gehorsam und Kontrolle beinhaltet. Der Staatsapparat wird zum Einzigen, der zum Handeln legitimiert. Die durch die Erzählungen der bürgerlichen Medien ausgelöste Massenpanik überfordert uns und schluckt unsere Fähigkeit, unabhängig zu handeln.

Einige Anarchist*innen haben jedoch darauf hingewiesen, daß sich zwei Krisen parallel abspielen - die eine ist eine Pandemie, die sich rasend schnell ausbreitet und schweren Schaden und sogar den Tod von tausenden Menschen verursacht. Die andere ist eine vom Staat aufgezwungene Strategie zur Bewältigung der Krise. Der Staat behauptet, im Interesse der Gesundheit aller zu handeln - er will, daß wir sein Verhalten als objektiv und notwendig betrachten.

Der Staat bekommt durch die Verwaltung der Krise die Möglichkeit zu bestimmen, unter welchen Konditionen das Ganze über die Bühne geht und wer als Verlierer*in und wer als Gewinner*in aus dieser Krise hervorgeht. Diese in angeblich neutrale Maßnahmen eingebetteten Ungerechtigkeiten zu erkennen, bedeutet einzusehen, daß einige Menschen für die Logik der Mächtigen unter dem Deckmantel des gemeinschaftliches Wohles einen viel höheren Preis bezahlen. Ich möchte in diesem Augenblick ein gewisses Maß an Autonomie und Handlungsfähigkeit zurückgewinnen. Dazu ist es wichtig, uns von dem uns vorgegebenen Narrativ zu lösen.

Wenn wir dem Staat die Kontrolle über das Narrativ zu den momentan gestellten Fragen überlassen, überlassen wir ihm auch die Kontrolle über die Antworten. Wenn wir ein anderes Ergebnis wollen, als die Mächtigen im Moment vorbereiten, müssen wir in der Lage sein, andere Fragen zu stellen.

Wir mißtrauen in so vielen Dingen der gängigen Erzählung und sind uns normalerweise der Fähigkeit der Mächtigen bewußt, die Erzählung so zu gestalten, daß die von ihnen geforderten Handlungen notwendig und unvermeidlich erscheinen. Hier in Kanada waren die Übertreibungen und Lügen über die Auswirkungen der Bahnblockaden durch #shut-downcanada ein bewußt erzeugtes Bild, um die Grundlage zu schaffen, eine gewaltsame Rückkehr zum Normalzustand durchzusetzen. Wir können die Vorteile eines Infektionskontrollprotokolls verstehen und gleichzeitig kritisch betrachten, wie der Staat solche Momente für seine eigenen Zwecke nutzt. Wenn wir die Situation selbst beurteilen und sogar bestimmte staatlich forcierte Empfehlungen akzeptieren, dürfen wir nicht in die Falle trampeln und die Rolle des Staates als unsere ei-

überschreiten? Halten wir dies für angebracht? Dazu müssen wir auf jeden Fall ein eigenes Verständnis von Sicherheit und Notwendigkeit definieren und nicht den Richtlinien des Staates vertrauen.

Wie treiben wir anarchistisches Handeln voran? Insbesondere unsere Feindseligkeit gegenüber der Einsperrung in all ihren Formen scheint hier sehr relevant zu sein. Wie kann der Knast zentraler Angriffspunkt unserer Bemühungen werden? Wie sieht es mit Grenzen aus? Und sollte sich die Polizei einschalten, um verschiedene staatliche Maßnahmen durchzusetzen: wie können wir sie delegitimieren und ihre Macht und Handlungsfähigkeit einschränken?

Wie soll ein Angriff gegen eine Macht aussehen, die sich im Moment um uns herum verdichtet und umstrukturiert? Welche Interessen werden in Zeiten des Virus verfolgt und priorisiert und wie können wir sie subvertieren (denken wir an Investitionsmöglichkeiten, aber auch an neue Gesetze und steigende Macht). Welche Kontrollstrukturen werden eingerichtet? Wer sind die Profiteur*innen und wie können wir ihnen schaden? Wie bereiten wir uns auf das vor, was als Nächstes kommt? Wie bereiten wir uns auf das Fenster vor, das zwischen dem Virus und der Rückkehr zur wirtschaftlichen Normalität entstehen könnte? Und was könnten sich in diesem Fenster für Möglichkeiten für uns ergeben?

Es ist keine leichte Aufgabe, unsere eigene Leseart der Situation sowie unsere eigenen Ziele und Praktiken zu entwickeln. Dazu bedarf es des Austauschs von Texten, Experimenten in der Praxis, und der Kommunikation über die Ergebnisse. Wir müssen unsere Analyse erweitern und vertiefen, damit wir genügend Menschen miteinbeziehen und damit wir uns mit ihnen organisieren können. Es wird bedeuten, daß wir weiterhin im öffentlichen Raum agieren und uns nicht in den Online-Raum verdrängen lassen. Viele Menschen, mit welchen wir normalerweise einen gemeinsamen Diskurs führen, werden durch ihren Umgang mit dem Virus in Verbindung mit den staatlich aufgezwungenen Maßnahmen, der intensiven Angst und dem gesellschaftlichen Anpassungsdruck von einer offensiven Fragestellung weggeführt. Das Finden von Räumen, um die Krisen unter anderen Bedingungen zu diskutieren, ver-

Wir haben dies in Teilen Europas gesehen, wo Wirtschaftsexpert*innen an die Spitze von Regierungen berufen wurden, um "neutrale" und "objektive" Sparmaßnahmen durchzuführen. In der Linken und speziell in der Klimabewegung gibt es immer wieder Stimmen, die laut werden und uns auffordern, unsere eigene Handlungsfähigkeit abzugeben und diese in die Hände von sogenannten Expert*innen zu legen. Dies demzufolge in Zeiten des Coronavirus zu fordern bedarf nur eines kleinen Schrittes.

Es ist nicht so, daß ich keinen Rat von Expert*innen hören möchte oder daß es kein Spezialist*innentum geben soll - ich denke nur, daß die Art und Weise, wie Probleme formuliert werden, ihre Lösung bereits vorwegnimmt. Die Reaktion auf das Virus in China gibt uns eine Vorstellung davon, wozu Technokratie und Autoritarismus in der Lage sind. Die Verbreitung und der Einfluß des Virus wird irgendwann abnehmen, und die Kontrollpunkte, die Abriegelungen, die Gesichtserkennungstechnologie und die mobilisierten Arbeitskräfte können auf andere Ziele ausgerichtet werden. Wenn dies nicht unsere Lösung sein soll, sollten wir besser damit beginnen, andere Fragen zu stellen.

Ein großer Teil des gesellschaftlichen Lebens ist bereits in Bildschirmen gefangen und diese Krise beschleunigt diesen Vorgang - wie bekämpfen wir die technologische Entfremdung in diesem Moment? Wie gehen wir mit der Massenpanik um, die von den Medien geschürt wird, und mit der Angst und Isolation, die damit einhergeht?

Wie holen wir unsere Handlungsfähigkeit zurück? Gegenseitige Hilfe und autonome Gesundheitsprojekte sind eine Idee, aber gibt es Wege, wie wir in die Offensive gehen können? Können wir den Mächtigen die Entscheidungsfähigkeit darüber rauben, weßes Leben es wert ist, bewahrt zu werden? Können wir über eine gegenseitige Unterstützung hinausgehen und den Status Quo der Eigentumsverhältnisse in Frage stellen? Indem wir auf Plünderungen und Enteignungen hinarbeiten oder Boße erpreßen, anstelle darum zu betteln, nicht gefeuert zu werden weil wir krank sind?

Wie bereiten wir uns darauf vor, Ausgangssperren oder Reisebeschränkungen zu umgehen, ja sogar geschlossene Grenzen zu

gene annehmen. Es ist ein großer Unterschied, ob man Befehle befolgt oder unabhängig denkt und zu ähnlichen Schlußfolgerungen kommt.

Wenn wir tatsächlich unsere eigenen Ziele verfolgen, wird es leichter, eine unabhängige Bewertung der Situation vorzunehmen, indem wir die Flut von Informationen und Empfehlungen für uns selbst analysieren und uns fragen, was tatsächlich für unsere Ziele und Prioritäten geeignet ist. Zum Beispiel scheint es eine schlechte Entscheidung, für jedes freiheitliche Streben zu sein, wenn wir unsere Fähigkeit zu Demonstrationen aufgeben, während wir noch arbeiten müssen. Oder die Notwendigkeit eines Mietstreiks anzuerkennen und gleichzeitig Angst zu haben, uns über irgendeine Art und Weise mit unseren Nachbar*innen zu unterhalten.

Den Kampf aufzugeben, während wir uns noch der Wirtschaft anpassen, ist sehr weit davon entfernt, unsere eigenen Ziele zu verfolgen. Aber es liegt im Fokus des Staates, die Krise so zu bewältigen, daß der wirtschaftliche Schaden sich in Grenzen hält und zu verhindern, daß seine Legitimität in Frage gestellt wird. Es ist nicht so, daß der Staat sich vorgenommen hätte, andere Meinungen zu eliminieren, das ist wahrscheinlich nur ein Nebenprodukt. Aber wenn wir einen anderen Ausgangspunkt haben - nämlich eine Autonomie anzustreben, anstelle die Wirtschaft zu schützen - werden wir wahrscheinlich unterschiedliche Entscheidungen darüber treffen, was angemessen ist.

Ein Ansatz, welchen ich im Kampf als Anarchist*in verfolge, ist die Schaffung von Bedingungen, die ein freies und sinnstiftendes Leben ermöglichen. Und nicht derjenige, für ein möglichst langes Leben zu kämpfen. Ich möchte mir kluge Ratschläge anhören, ohne meine eigene Entscheidungsmacht aufzugeben, und ich möchte meine, genauso wie die Autonomie anderer respektieren. Statt eines moralischen Kodex, der durchgesetzt werden muß, sollten unsere Maßnahmen zur Bekämpfung des Virus auf Vereinbarungen und Grenzen beruhen, wie jede andere Zustimmungspraxis auch. Wir kommunizieren über die von uns gewählten Maßnahmen, wir treffen Vereinbarungen, und wo keine Vereinbarungen möglich sind, setzen wir Grenzen, die selbst durch-

setzbar sind und nicht auf Zwang beruhen. Wir versuchen, Paradigmen wie der Zugang zu medizinischer Versorgung, Klasse, Rasse, Geschlecht, Geographie und natürlich Gesundheit, miteinzubeziehen, wenn wir die Auswirkungen sowohl des Virus als auch der Reaktion des Staates auf den Virus betrachten. Diese Punkte sollten wir als Grundlage für unsere Solidarität sehen.

Ein großer Teil des staatlichen Narrativs ist die Einheit - die Idee, daß wir uns als Gesellschaft für ein gemeinschaftliches Wohl, das für alle da ist, zusammenfinden müssen. Die Menschen mögen das Gefühl, Teil einer großen Gruppenanstrengung zu sein und den Eindruck zu haben, durch ihre eigenen kleinen Aktionen einen Beitrag zu leisten. Die gleichen Phänomene, die rebellische soziale Bewegungen ermöglichen, ermöglichen auch diese Momente des Maßengehorsams. Wir können damit beginnen, sie abzulehnen, indem wir uns daran erinnern, daß die Interessen der Reichen und Mächtigen grundsätzlich im Widerspruch zu unseren eigenen stehen. Selbst in einer Situation, in der auch sie erkranken oder sterben könnten (anders als bei der Opiumkrise oder der AIDS-Epidemie davor), wird ihre Reaktion auf die Krise wahrscheinlich nicht unseren Bedürfnissen entsprechen und die Ausbeutung sogar noch verstärken.

Der zentrale Punkt der meisten Maßnahmen wie Selbstisolation und soziale Distanzierung sind von bürgerlichem Antlitz – diese Maßnahmen stellen sich eine Person als Subjekt vor, deren Arbeit leicht von zu Hause aus erledigt werden kann oder die Zugang zu bezahltem Urlaub oder Krankheitstagen (oder, im schlimmsten Fall, zu Ersparnissen) hat. Eine Person mit einem geräumigen Haus, einem persönlichen Fahrzeug, ohne sehr viele enge, intime Beziehungen, mit Geld, das sie für Kinderbetreuung und Freizeitaktivitäten ausgeben kann. Alle werden aufgefordert, ein gewisses Maß an Unannehmlichkeiten zu akzeptieren. Diese Unannehmlichkeiten nehmen drastisch zu, je weiter unser Leben von diesem unausgesprochenen Ideal entfernt ist und die gesellschaftlichen Verhältnisse werden in den Folgen des Virus reproduziert. Eine Antwort auf diese Misere kann das Stellen von Forderungen an den Staat sein. Er soll Formen der Umverteilung praktizieren, indem er die Leistungen

der Arbeitslosenversicherung ausweitet oder indem Darlehen oder Zahlungsaufschübe gewährt werden. Viele dieser Maßnahmen laufen darauf hinaus, neue Formen der Verschuldung von Menschen in Not zu produzieren, was an das Ergebnis des Finanzcrashs von 2008 erinnert, bei dem alle an der Tilgung der Verluste der Reichen beteiligt waren, während die Armen im Stich gelassen wurden.

Ich habe kein Interesse daran, ein*e Fürsprecher*in deßen zu werden, was der Staat tun sollte, und ich glaube auch nicht, daß dies ein Wendepunkt für die Einführung stärkerer sozialstaatlicher Maßnahmen ist. Die zentrale Frage für mich ist, ob wir wollen, daß der Staat die Möglichkeit hat, alles stillzulegen, unabhängig davon, was wir von den Rechtfertigungen halten, die er dafür geltend macht.

Die #shutdowncanada-Blockaden wurden als inakzeptabel angesehen, obwohl sie kaum einen Bruchteil so störend waren wie die Maßnahmen, die der Staat als Antwort einführte und nur eine Woche später wieder zurückzog. Dies macht deutlich, daß nicht das Ausmaß der Störung inakzeptabel war, sondern vielmehr, wer als legitime*r Akteur*in dahinter steckt. In ähnlicher Manier wiederholte die Regierung von Ontario immer wieder, wie inakzeptabel die Belastung für Familien gewesen sei, welche durch die streikenden Lehrer*innen und ihren Aktionstagen entstanden seien. Kurz danach schloßen sie die Schulen für drei Wochen selber. Auch hier ist das Problem, daß sie Arbeiter*innen waren - keine Regierung und keine Chef*innen. Die Schließung der Grenzen für Menschen, aber nicht für Waren, verstärkt das nationalistische Projekt, das bereits in der ganzen Welt im Gange ist. Wenn das Virus seinen Höhepunkt erreicht hat und erste Außagen in Richtung "go shopping, for the economy" gehen, wird sich der wirtschaftliche Charakter dieser scheinbar moralischen Maßnahmen noch verdeutlichen.

Der Staat schafft Legitimität für seine Handlungen, indem er sie als einfache Befolgung von Expert*innenempfehlungen darstellt. Viele Linke schließen sich dieser Logik an, indem sie fordern, daß Expert*innen die direkte Kontrolle über den Kampf gegen das Virus erhalten. Beide treten für eine Technokratie ein, die von Expert*innen regiert wird.